



Fundament: Dieses hat ein Gewicht von 700 Tonnen. Das Windkraftwerk allein ist 350 Tonnen schwer, damit ähnlich schwer wie zwei grosse Passagierflugzeuge. Gebaut wurde die Anlage auf 1100 Metern über Meer.

«Schweiz ist ein Diamant im Energie-Binnenmarkt»

Günther H. Oettinger Der EU-Energiekommissar sieht im bilateralen Stromabkommen eine Win-win-Situation für die Schweiz wie auch die EU. Und Europa wird sich der Wichtigkeit der industriellen Wertschöpfung stärker bewusst.

INTERVIEW: ARMIN MENZI

Wie geht es der Energiepolitik in Europa?

Günther H. Oettinger: Gut. Wir stehen mitten in der Europäisierung der Energiepolitik. Während beim Erdöl der europäische Markt bestens funktioniert, besteht unser Ehrgeiz nun darin, den europäischen Binnenmarkt für Strom und Gas weiterzuentwickeln und zu vollenden.

Seit einiger Zeit verdichtet sich der Eindruck, dass die EU auf mehr Wettbewerb und weniger Klimapolitik zusteuert.
Oettinger: Dieser Eindruck täuscht nicht. Es ist notwendig, industrielle Wertschöpfung in Europa zu bewahren und zusätzlich neue Betriebe anzusiedeln. Für einen Wirtschaftsstandort spielt die Energie eine zentrale Rolle. Deswegen befinden sich Industrie- und Energiepolitik auf Augenhöhe zur Klimaschutzpolitik. Zwar bleibt der Klimaschutz ein wichtiges Anliegen, aber er darf nicht stärker zulasten von Industrie- und Energiepolitik gehen.

Die Bundesrepublik und die Schweiz verknüpfen ihre Energiewende mit dem Ausstieg aus der Kernenergie. Gleichzeitig werden gigantische Subventionen für erneuerbare Energien ausgelöst, welche die bestehenden Marktkräfte aushebeln. Wird der Alleingang Deutschlands und der Schweiz zum Prüfstein für die künftige europäische Energiepolitik?

Oettinger: Kaum. Dass Deutschland bis 2022 die Kernkraftwerke abschaltet, ist keine zentrale Herausforderung für Europa. Deutschland hat jetzt 23 Prozent Kernenergie, in der Europäischen Union liegen wir im Durchschnitt bei 30 Prozent. Die eine Hälfte unserer Mitgliedsstaaten hat Kernkraft, die andere nicht. Die Schweiz steigt auf einer längeren Zeitachse aus und macht dies auch abhängig vom Ausbau neuer Produktionskapazitäten. Ich glaube, dass beide Entwicklungen nach Europa ausmünden. Wenn Deutschland nicht mehr rund um die Uhr Strom aus Kernkraftwerken hat und verstärkt auf volatil verfügbaren erneuerbaren Strom setzt, dann braucht man mehr Speicherpotenziale – zum Beispiel Pumpspeicherkraftwerke in den Nachbarländern Schweiz und Österreich. Mit grenzüberschreitenden Exporten und Importen können wir das Netz stabilisieren. Insgesamt bringt der Entscheid, die Menge an Grundlaststrom aus Kernenergie zu verringern, die Schweiz stärker in eine europäische Partnerschaft, als dies bislang notwendig war.

In der Schweiz fragt man sich, ob man noch in Wasserkraftprojekte – insbesondere in die von Ihnen genannten Pumpspeicherprojekte – investieren soll und wie wirtschaftlich solche Investitionen sind. Hängt die Teilhabe der Schweiz am europäischen Netz, das «Market Coupling», vom Abschluss der Verträge ab?

Oettinger: Ja, doch schon die geostrategische Lage der Schweiz ist ein Argument dafür, dass die Schweiz als guter Partner innerhalb unseres EU-Energiebinnenmarkts durchaus gestärkt werden kann. Da wir in den nächsten Jahren in der Planung von grenzüberschreitenden und paneuropäischen Netzen erhebliche Anstrengungen unternehmen werden, mithin das Thema Speicherung an Bedeutung gewinnt – immerhin werden die Netz-Codices schon im nächsten Jahr relevant –, ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um diese Partnerschaft abschliessend zu verhandeln und zu beschliessen.

Die EU-Ziele auf der einen, der Markt auf der anderen Seite: Gestehungskosten stehen gegen Marktpreise. Wie schafft die EU-Energiepolitik die Balance



DER MENSCH

Name: Günther Hermann Oettinger
Funktion: EU-Kommissar für Energie
Alter: 60
Wohnort: Brüssel
Familie: Lebensgefährtin, ein Sohn
Ausbildung: Studium der Rechtswissenschaft und der Volkswirtschaft an der Universität Tübingen

Karriere: In Ditzingen (Baden-Württemberg) aufgewachsen, Mitglied der CDU; von 1984 bis 2010 im Landtag Baden-Württemberg, ab 1991 CDU-Fraktionsvorsitzender. Vom 21. April 2005 bis 10. Februar 2010 Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg. Ende 2009 auf Vorschlag von Bundeskanzlerin Angela Merkel zum deutschen Mitglied der EU-Kommission nominiert. Seit 9. Februar 2010 EU-Kommissar für Energie.

zwischen Wert und Preis im künftigen Energiemix?

Oettinger: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in Deutschland war in den ersten Jahren ein glänzendes Instrument. Inzwischen hat es sich zu einer nicht mehr hinnehmbaren Fehl-Allokation entwickelt. Denn der Solarstromproduzent bekommt einen garantierten Preis, und der Netzbetreiber erhält den Solarstrom auch dann, wenn er ihn nicht braucht. Er kann ihn nur noch loswerden, indem er ihn beispielsweise günstig an die Schweiz verkauft – oder manchmal sogar draufzahlt. Dies ist kein sinnvolles Geschäftsmodell. Deswegen müssen wir diese Mischung aus Idealismus und Ideologie dringlich stoppen und nur noch jenen erneuerbaren Strom abnehmen, der gerade benötigt wird. Wir sollten bei den erneuerbaren Energien in Etappen zu neuen Marktregeln kommen und von Fördergarantien Schritt für Schritt absehen. Entscheidend wird sodann sein, den Zubau an volatil erneuerbarem Strom stärker an den vorherigen Ausbau der Netze und den Aufbau von Speicherkapazitäten zu koppeln.

Zur Energiestrategie von EU und der Schweiz: Was raten Sie der Schweiz?

Oettinger: Die Verhandlungen für ein Stromabkommen unter Wahrung ihrer Interessen zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Diese Chance ist jetzt da. Die Schweiz ist nicht irgendeine Insel im Mittelmeer, sondern umgeben von EU-Mitgliedern. Daraus entsteht ein Win-win-Effekt. Auch für die Schweiz bleibt bezahlbarer Strom wichtig, denn sie verfügt über ein beachtliches Industriepotenzial. Der Strompreis ist für ihre Industrie- und Dienstleistungssektoren sehr sensibel. Deshalb glaube ich, dass eine enge Partnerschaft mit Anbietern von Kernenergie in Frankreich, Exporten und Importen mit Deutschland, mit einer optimalen Nutzung ihrer Speichermöglichkeiten – aber letztlich auch die Anbindung an die europäischen Gasnetze, für die Schweiz die beste Entwicklung ist.

Damit geben Sie das Stichwort für «Nabucco» und Trans Adriatic Pipeline (TAP), die beiden Erdgas-Pipelines. Sie haben auf den Zuschlag von TAP positiv reagiert. Ein solches Kompliment macht wohl nur jemand, der beides will – TAP und «Nabucco» ...

Oettinger: Entscheidend war doch die Öffnung der Türe in die Region mit den grössten Gasfeldern der Welt, nach Aserbaidschan. Ob die Pipeline über die Türkei

nach Griechenland und Italien führt oder durch Zentraleuropa nach Österreich, ist sekundär. Wir haben einen Gasbinnenmarkt mit immer mehr Teilnehmern. Das Gas, das nach Europa kommt, ist Gas für alle Europäer. Nun hatte die TAP das bessere Geschäftskonzept. Trotzdem glaube ich, dass wir eine zusätzliche Leitung entlang der Donau weiterentwickeln sollten, weil wir sie zur Optimierung unseres europäischen Gasnetzes brauchen.

Wie ist das derzeitige Einvernehmen zwischen der Schweiz und der EU in Energiefragen?

Oettinger: Gut. Da gibt es viele Gemeinsamkeiten, da gibt es auch ein paar unterschiedliche Interessen, aber die Erkenntnis, dass ein Stromabkommen einen Win-win-Effekt bedeuten kann, ist bei der Energieministerin, in den Kantonen und Städten, in den Energieunternehmen und bei den Unternehmen genauso vorhanden wie bei uns.

Die Schweiz kann am EU-Binnenmarkt zu denselben Bedingungen wie die EU-Mitglieder teilnehmen, wenn sie das EU-Energierecht vollständig in schweizerisches Recht übernimmt. Wenn das nicht geschieht, dann bekommt die Schweiz ein grösseres Problem.

Oettinger: Sie haben – vereinfacht gesagt – recht, wobei ja schon heute verschiedene Bestandteile des europäischen Rechts in der Schweiz praktiziert werden. Also geht es um Übergangsvorschriften und die Frage, wie lange der alte Rechtszustand noch gilt, mithin wann und in welchen Stufen die neue Rechtslage praktiziert werden soll. Dann gehts um ein paar eher formale Fragen – Stichwort Gerichtsstand –, und es gibt noch den Aspekt, ob die Schweiz die EU-Rechts-Änderungen automatisch übernehmen muss oder im Einzelfall die Überführung ins Schweizer Recht vornehmen kann.

Der Vertrag muss in der Schweiz vom Parlament und könnte sogar einem Volksreferendum unterbreitet werden. Ist sich die EU dessen bewusst?

Oettinger: Sicher. Doch wenn die Schweiz zustimmt, wäre sie schon nach dem ersten Tag eingebunden und könnte viel stärker als heute ihre Interessen vertreten. Schliesslich ist die Schweiz für uns ein wertvolles Glied in unserem Binnenmarkt. Ich bin sicher, dass meine Person oder auch ein künftiger Energiekommissar sensibel darauf achten wird, dass die Interessen der Schweiz in der weiteren Rechts-

setzung gewahrt bleiben. Die besondere Lage der Schweiz mit ihrer hervorragenden Infrastruktur, mit ihren Stromspeichermöglichkeiten sowie die Tatsache, dass europäische Energieunternehmen am Handel mit der Schweiz interessiert sind, dienen auch der Wirtschaft. Diese und die Energieunternehmen der EU sind die besten Garanten für eine faire Partnerschaft.

SCHWEIZ-EU Knackpunkt Marktzutritt

Stromabkommen Die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU für ein bilaterales Stromabkommen laufen seit 2007. Auch nach sechs Jahren ist der wichtigste Knackpunkt für die Teilnahme der Schweiz am europäischen Strombinnenmarkt noch nicht ausgeräumt – die Gefahr, dass der Schweiz durch die EU das «Market Coupling» verweigert wird, was zu umständlichen und ineffizienten Grenz-Allokationsverfahren führen würde, indem Schweizer Unternehmen auf dem Regenergie-Markt bei der Vermarktung von flexiblen Stromprodukten benachteiligt werden.

Verhandlungsstand Geregelt wird dieser Marktzugang der Schweiz in einem «E-Network Code Capacity Allocation and Congestion Management» bzw. in deren Guidelines der Europäischen Kommission. Diese enthalten eine Formulierung, wonach Drittstaaten nur dann am «Market Coupling» für den «Day ahead» und den «Intra Day Market» teilnehmen dürfen, wenn sie die wesentlichen Vorschriften des EU-Rechts für den Strombereich in nationales Recht umgesetzt haben. Aus dem Umfeld der Schweizer Verhandlungsdelegation wird hier noch keine Entwarnung gegeben. Nach Darstellung des Uvek sei hingegen eine Kompromisslösung in der Frage der Langfristverträge an der französisch-schweizerischen Grenze «in Sichtweite». Energieministerin Doris Leuthard und EU-Energiekommissar Günther H. Oettinger wollen sich Anfang 2014 wieder treffen. (am)